

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährl. M. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstützengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstützengrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinste Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gefaltene Zeile 30 Pfennige.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Sernsprecher Nr. 210.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

80. Jahrgang.

Nr. 143.

Dienstag, den 24. Juni

1913.

Wegen **Reinigung der Geschäftsräume** werden am 27. und 28. Juni 1913 nur **dringliche Angelegenheiten** erledigt.
Eibenstock, den 3. Juni 1913.

Königliches Amtsgericht.

Impf-Nachschau betr.

Die zur Erstimpfung gelangten Kinder sind nicht Donnerstag, sondern **Mittwoch, den 25. Juni 1913, nachm. 5 Uhr** zur Nachschau vorzustellen.
Stadttrat Eibenstock, den 21. Juni 1913.

Infolge Wahl des bisherigen Inhabers in eine andere Stellung ist die **pensionberechtigte Stelle des Nachschuzmanns, Wegwärters und Totenbettmeisters** neu zu besetzen.

Anfangsgehalt 800 Mark jährlich und freie Wohnung im Gemeindeamt. **Nächsterne** und **zuverlässige Bewerber**, die beim Militär gedient haben und einige Erfahrung im Begebau besitzen oder gelernte Maurer sind, wollen Gesuche mit Unterlagen **bis zum 5. Juli c.** einreichen.
Carlsfeld i. Erzgeb., am 21. Juni 1913.

Der Gemeinderat.
Liebing.

Weitere Zuspitzung der Situation?

Auf der Börse zu Wien herrscht am Sonnabend hinsichtlich der Gestaltung der Dinge auf dem Balkan eine optimistische Auffassung: Man meint, Serbien habe schon so oft im letzten Augenblicke Nachgiebigkeit gezeigt und würde wohl auch jetzt noch nachgeben. Ganz anders faßt man die Dinge gegen den Stand der Lage in Petersburg auf, wo man die durch die Haltung Bulgariens hervorgerufene Situation als eine sehr ernste betrachtet und in gewissen Petersburger Kreisen werden bereits die etwaigen Folgen eines serbisch-bulgarischen Krieges eifrig diskutiert. Unter diesen Umständen hat sich Rußland zu einem neuen Schritt bei der bulgarischen Regierung entschlossen:

Wien, 20. Juni. Die „Südwestliche Korrespondenz“ meldet aus Sofia: Der russische Gesandte Redjadow hat einen neuen Schritt bei der bulgarischen Regierung unternommen, indem er ihr nahelegt, sich dem russischen Schiedsspruch im Vertrauen auf das Gerechtigkeitsgefühl des Jaren zu unterwerfen und die Einladung nach Petersburg anzunehmen. Ministerpräsident Danow stellte die definitive Antwort nach Anhörung des Ministerrats in Aussicht.

Ob dieses zweite Vorgehen Rußlands mehr nützen wird als das erste, erscheint allerdings höchst zweifelhaft, zumal Serbien schon selbst überzeugt ist, daß ein Zustandekommen der Konferenz aussichtslos erscheint:

Belgrad, 22. Juni. In hiesigen unterrichteten Kreisen will man wissen, daß die serbische Regierung der russischen Regierung mitzuteilen beabsichtigt, daß sie in Anbetracht der Antwort Bulgariens eine Konferenz in Petersburg für aussichtslos halte.

In welcher Zeit man die Entscheidung erwarten kann, geht aus nachstehendem Drahtbericht hervor:

Wien, 22. Juni. Der „Reichspost“ wird von besonderer diplomatischer Seite folgendes mitgeteilt: Mitte der Woche wird die Entscheidung in dem serbisch-bulgarischen Konflikt fallen. Denn die friedlichen Mittel scheinen alle erschöpft und es gibt kaum noch einen anderen Ausweg, als den Appell an die Waffen. Die Serben haben die Forderungen der bulgarischen Regierung glatt abgelehnt, mit den Waffen in der Hand können aber Verhandlungen nicht geführt werden.

Am allerbedrohlichsten lautet aber eine Nachricht aus Sofia, nach der bereits die diplomatischen Beziehungen zwischen Bulgarien und Serbien abgebrochen sein sollen:

Sofia, 22. Juni. Das halboffizielle Blatt „Bulgaria“ brachte gestern die Erklärung, daß durch die Zurückweisung der bulgarischen Vorschläge zu der Demobilisation die diplomatischen Verhandlungen zwischen Bulgarien und Serbien ihr Ende gefunden haben und daß jetzt nur noch übrig bleibt, einen wirkungsvolleren Weg einzuschlagen. Bulgarien, so meint das Blatt, wird Mittel und Wege finden, um für alle Fälle bereit zu sein, seine Rechte zu verteidigen.

Ueber bereits stattgefundenene kleine Schammüßel, und darüber, daß auch Milita sich wieder auf dem Kriegspfade befindet, unterrichten folgende Meldungen:

Belgrad, 22. Juni. An der Grenze zwischen Serbien und Bulgarien haben bulgarische Freischärler eine sehr wichtige serbische Eisenbahnbrücke in die Luft gesprengt.

Saloniki, 22. Juni. Trotz des bestehenden Demarkations-Abkommens hat neuerdings eine grö-

ßere bulgarische Patrouille die Linie überschritten und einen griechischen Vorposten angegriffen. Erst als Verstärkung zu Hilfe gekommen war, konnten die Bulgaren zurückgeschlagen werden. Beiderseits gab es eine Anzahl Verwundeter.

Cetinje, 22. Juni. Infolge der gespannten Beziehungen zwischen Serbien und Bulgarien hat die Seeresverwaltung alle Vorbereitungen getroffen, um sofort eingreifen zu können. Drei Brigaden stehen bereits in der Gegend von Zpet auf Kriegsfuß.

Cetinje, 22. Juni. Der montenegrinische Kriegsminister General Wukotitsch ist über Zpet nach Belgrad abgereist, von wo er sich dann nach Petersburg begeben wird.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Das Kaiserpaar in Hamburg. Der Kaiser und die Kaiserin sind am Sonnabend mit Gefolge kurz nach 4 Uhr im Automobil in Hamburg an der St. Pauli-Landungsbrücke eingetroffen, wo zum Empfang die beiden Bürgermeister und der preussische Gesandte erschienen waren. Das Kaiserpaar nahm darauf an Bord der „Hohenzollern“ Wohnung. Die Majestäten sind auf der Fahrt durch die Lüneburger Heide überall mit großer Begeisterung empfangen worden. Der Kaiserin wurde eine ungewöhnlich große Zahl von Blumensträußen überreicht.

Heranziehung der Einkommen zum Wehrbeitrag. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, haben die Vorbesprechungen der bürgerlichen Parteien über die Frage der Heranziehung des Einkommens für die Zwecke des Wehrbeitrages dazu geführt, die in der ersten Besung beschlossene Kapitalisierung des Einkommens fallen zu lassen, und die Einkommen von 5000 Mark aufwärts zum Wehrbeitrag heranzuziehen. Wie hoch dabei die Sätze genommen werden müssen und in welcher Art die Staffelung erfolgen wird, ist noch Gegenstand von Berechnungen. Der Gesamtbeitrag der Heranziehung der Einkommen soll achtzig Millionen betragen.

Unwahre Beschuldigung. Wolffs Telegraphen-Bureau erklärt: Unter Pariser Privatkorrespondent meldet uns, daß der Berliner Berichterstatter des „Temps“ in seinem Blatte behauptet, eine Berliner Depesche des „Temps“ über das Glückwunschtelegramm des Präsidenten Poincaré an den Kaiser sei dem Wolffschen Bureau aus Paris in gefälschter Form übermittelt worden. Diese Behauptung ist eine glatte Erfindung des Berliner Berichterstatters des „Temps“. Das Wolffsche Bureau hat über die Meldung des Pariser Blattes überhaupt keinerlei Mitteilung erhalten und deshalb natürlich auch nichts darüber veröffentlicht.

Kein Generalstreik. Infolge der aufsehenerregenden Äußerungen des Reichstagsabg. ordneten Frank in einer Versammlung Groß-Berlins, in denen er erklärte, daß ernstlich zu erwägen sei, ob die Partei einen Generalstreik machen wolle zur Erlangung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts für das Abgeordnetenhaus usw. haben vertrauliche Sondierungen bei den Leitern der Gewerkschaften darüber stattgefunden, wie sie sich zu dieser Aktion stellen. Mit einer einzigen Ausnahme, es sollen die Transportarbeiter gewesen sein, haben alle Gewerkschaftsführer erklärt, daß ein Generalstreik ganz unmöglich sei und die Partei und die Gewerkschaften dem Ruin entgegenbringen würden. Von den 2500000 Gewerkschaften würden bei einem Generalstreik von 5 bis 6 Tagen gut die Hälfte den Organisationen nicht treu bleiben, vorausgesetzt, daß sie überhaupt den Generalstreik mitmachen würden. Es

sei mit Bestimmtheit darauf zurechnen, daß 10 Millionen Gewerkschaftler der Order „Generalstreik“ nicht vorziehen würden, und damit wäre dieser schon ins Wasser gefallen. Der 550000 Mitglieder zählende Metallarbeiterverband würde höchstens 200000 Mann Generalstreiker haben. Eine Anzahl großer Berliner Metallfabriken würden mit Hilfe der „Gelben“, der „Christlichen“ und der „Hirsche“ ruhig die Arbeit fortsetzen können. Die Textilfabriken würden ebenfalls nicht zum Stillstand gebracht werden und in den Kohlengruben Rheinlands und Westfalens würden sogar Tausende von Mitgliedern des sozialdemokratischen Bergarbeiter-Verbandes anfahren. Der Legien, der einst behauptet hatte, Generalstreik sei Generalunfug, soll erklärt haben, Generalstreik sei jetzt Generalratschlag für die Gewerkschaftler. — Also mit einem Generalstreik in Deutschland ist's jetzt nichts.

Die amerikanischen Ingenieure in Hamburg. Die in Hamburg weilenden amerikanischen Ingenieure besichtigten in Hamburg am Sonnabend nachmittag den Tierpark in Stellingen, nachdem sie am Vormittag die Werft von Blohm und Voß und die Hamburger Hochbahn besucht hatten. Die Amerikaner reisten Sonntag früh nach Leipzig weiter.

Ein Kampf von Sozialdemokraten unter sich ist zwischen der „Leipziger Volkszeitung“ und der „Chemnitzer Volksstimme“ entbrannt und wird mit dem ganzen Vorrat von Schimpereien und Beschuldigungen geführt, der die Sozialdemokratie auch sonst kennzeichnet. In der „Leipziger Volkszeitung“ wird der parteigenössischen „Chemnitzer Volksstimme“ unter anderem vorgeworfen: „Drollige Konfusion, lustige Hochsprünge, alte Tricks, dreiste Stimm, Unvorsichtigkeit, verkrüppelte und gefälschte Zitate“ usw. usw. Der brüderlich freundliche Auffass schließt mit folgendem Satz: „Das Urteil über das Vorgehen der „Chemnitzer Volksstimme“ müßte sehr viel härter lauten, wenn nicht ihre augenblickliche, höchst komische Situation, wo ihre Redakteure sich tagtäglich über die wichtigsten Parteifragen im Blatte miteinander herumprügeln, ihre die Zubilligung mildernder Umstände im höchsten Maße garantierten.“ — Wo bleibt bei solchen Verunglimpfungen die vielgerühmte Brüderlichkeit der Genossen?

Oesterreich-Ungarn.

Sperrung an der Wiener Universität. Eine Vertreterversammlung der deutschnationalen Studentenschaft hat beschlossen, die vollständige Sperrung der Universität zu erzwingen, falls das Rektorat die Ausnahmeverfügungen nicht zurücknehme, wonach der Eintritt in die Universität nur durch die kleinen Tore gegen Vorweisung der Legitimationskarte gestattet sei. Die deutschnationalen Studenten besetzten die Eingänge der Universität und hinderten die übrigen Studenten, in die Vorlesungen zu gehen. Das Rektorat hat nunmehr die Sperrung der Vorlesungen verfügt und die Universität bis auf weiteres gesperrt. Sämtliche Mitglieder des Hochschul-Ausschusses der deutschnationalen Studentenschaft sind von ihren Ämtern zurückgetreten.

Dänemark.

Das neue dänische Kabinett. Der dänische König genehmigte die von dem Führer der radikalen Partei, Zahle, vorgelegte Ministerliste. Ministerpräsident ist Zahle, der zugleich das Justizministerium übernimmt.

Tripolis.

Die Italiener in Tripolis. Die „Agence Stefani“ meldet aus Derna, daß General Tassoni nach der Einnahme des Lagers von Bakrat die Feinde am 18. bis nach Biscari und Subba, am 19. Juni bis Ain Mara verfolgt habe. Die Italiener verloren 10 Verwundete. Die Verluste des Feindes hält man für bedeutend.